

# Sessionsvorschau auf einen Blick

Wintersession 2019 | 02. – 20. Dezember

Die *plattform* vertritt die gemeinsamen politischen Interessen von Angestellte Schweiz, des Kaufmännischen Verbandes, der Schweizer Kader Organisation SKO, der Zürcher Gesellschaft für Personal-Management (ZGP) und veb.ch, dem Schweizer Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen, gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Zusammen vertreten diese Verbände die Anliegen von rund 88'000 Mitgliedern in bildungs-, wirtschafts- und angestelltenpolitischen Themen. Ziel ist es, übergeordnete politische Interessen zu bündeln und konsensorientierten und kompromissfähigen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen.  
[kfmv.ch/plattform](http://kfmv.ch/plattform)

## Vorschau im Überblick

STÄNDERAT			EMPFEHLUNG
09.12.2019	19.026	<b>Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)</b>	Ablehnung
12.12.2019	19.051	<b>Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose</b>	Bedingte Zustimmung
17.12.2019	19.4378	<b>Übergangslösung Beseitigung Heiratsstrafe</b>	Ablehnung
NATIONALRAT			EMPFEHLUNG
03.12.2019	19.3416	<b>Zusatzverhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU</b>	Ablehnung
18.12.2019	18.034	<b>Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)</b>	Rückweisung

09.12.2019

19.026 Geschäft Bundesrat

**Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative).**

**Die Kündigung der Personenfreizügigkeit bedeutet die Kündigung aller Abkommen der Bilateralen I.**

Die Europäische Union ist die wichtigste Handelspartnerin der Schweiz. Der freie Austausch von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen zwischen der Schweiz und der EU ist für die Schweizer Wirtschaft unabdingbar. Die Schweiz profitiert enorm von den Bilateralen I und diese sind in der Bevölkerung gut abgestützt. Es ist fahrlässig zu behaupten, dass in der Schweiz genügend Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt gewonnen werden könnten. Auch eine Rückkehr zum bürokratischen Altraum des Saisonier-Statuts ist abzulehnen. Die *plattform* wehrt sich gegen diesen Frontalangriff auf den Wirtschafts- und Forschungsstandort Schweiz.

12.12.2019

19.051 Geschäft Bundesrat

**Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose**

**Die Einführung muss durch ein enges Monitoring begleitet und korrekt begründet werden.**

Die *plattform* setzt sich intensiv mit dem Thema ältere Mitarbeitende auseinander und führt zurzeit eine Befragung zum Thema Altersmanagement durch. Die Resultate werden während der Frühjahrssession 2020 vorgestellt. Die Überbrückungsleistung hilft älteren Arbeitslosen kurz vor der Pensionierung und ermöglicht einen vorzeitigen Übergang in die Rente ohne finanzielle Abstriche für die Betroffenen. Die Übernahme der Bestimmungen des revidierten ELG, die angepassten Voraussetzungen für die Inanspruchnahme und die Berechnungsvorschriften sind aus Sicht *plattform* angemessen. Insbesondere die Plafonierung der Überbrückungsleistung um weiterhin Erwerbsanreize zu schaffen sind verbunden mit den anderen Massnahmen im Massnahmenpaket des Bundesrats verständlich.

Nicht verständlich ist hingegen die Begründung der Massnahme mit Ängsten und Tendenzen zu mehr Wettbewerb aufgrund der Personenfreizügigkeit. Ein millionenschweres Massnahmenpaket aufgrund von Möglichkeiten und Ängsten, anstatt Fakten, zu lancieren ist, milde ausgedrückt, bedenklich. Zahlreiche Studien, unter anderem der Observatoriumsbericht des SECO zum Personenfreizügigkeitsabkommen, finden **keinen Verdrängungseffekt durch ausländische Arbeitskräfte und sehen auch keine negativen Auswirkungen auf Schweizer Löhne**. Der Bundesrat bestätigt so eher die Argumente der Initianten der Begrenzungsinitiative als dass er diese entkräftet.

Schliesslich betritt die Schweiz mit der vorgeschlagenen Überbrückungsleistung weitgehend Neuland. Die Wirkung der Massnahme auf den Arbeitsmarkt ist ungewiss. Die Verbände der *plattform* fordern deshalb ein **enges Monitoring der Massnahme**. Erstens sollte sich die Grösse der Gruppe der 50-64-Jährigen nach 2030 aufgrund der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung wieder erheblich reduzieren. Zweitens muss sichergestellt werden, dass die Massnahme nicht zu einer Erhöhung der Entlassungen von Personen Ende 50 führt.

17.12.2019

19.4378 Motion Ständerat (WAK)

**Übergangslösung Beseitigung Heiratsstrafe**

**Eine Ausweitung des steuerlichen Flickwerks bei der Paarbesteuerung ist nicht zielführend.**

Die *plattform* begrüsst die Rückweisung der bundesrätlichen Vorlage zur direkten Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung), damit endlich eine zeitgemässe Lösung gefunden wird. Eine Ausweitung des steuerlichen Flickwerks durch eine Übergangslösung ist nicht zielführend, zumal das Parlament in der vergangenen Session schon Steuerabzüge ohne jegliche Erwerbseffekte bei der direkten Bundessteuer genehmigt hat.

---

NATIONALRAT

03.12.2019

19.3416 Motion Ständerat (WAK)

**Zusatzverhandlungen zum institutionellen Abkommen mit der EU**

**Die *plattform* lehnt Neuverhandlungen mit der EU ab.**

Die Schweiz hat mit dem institutionellen Abkommen ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt. Jede Form der Kooperation verlangt Kompromisse und festgelegte Streitbeilegungsmechanismen. Die Kommission des Ständerats argumentiert, als wäre das vorliegende institutionelle Rahmenabkommen nicht das Ergebnis fünfjähriger zäher Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU, sondern ein erstes «Angebot» der EU. Dass die Schweizer Delegation dabei kein Verhandlungsmandat für Diskussionen bezüglich flankierende Massnahmen hatte wird zudem ausser Acht gelassen. Auch die Thematik der staatlichen Beihilfen ist seit Jahren ein Thema, aber die konkreten Vorschläge diesbezüglich wurden vom Parlament bisher blockiert. Die Kommission beharrt auf Maximalforderungen und lässt dabei sowohl die ausführlichen Erläuterungen des Bundesrats, die zahlreichen (unabhängigen) Expertenberichte als auch die Volksmeinung ausser Acht, wohlwissend, dass eine «Verbesserung» Neuverhandlungen gleichkommt. Eine Verzögerung bis nach erfolgter Abstimmung zur Begrenzungsinitiative ist ein Zeichen der Schwäche und ein Symptom dafür, dass für die Schweiz wichtige Reformen zunehmend verunmöglicht werden. Die Motion ist deshalb zwingend abzulehnen und dem Bundesrat das Vertrauen für die weiteren Abklärungen mit der EU auszusprechen.

18.12.2019

18.034 Geschäft Bundesrat

**Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)**

**Die Vorlage des Bundesrats ist nicht zivilstandsunabhängig und hat nur einen bescheidenen Erwerbseffekt. Rückweisung stattgeben.**

Die Vorlage des Bundesrates führt zwar zu positiven Erwerbsanreizen für Zweitverdienende in Ehepaarhaushalten, jedoch nur bei Ehepaaren mit ähnlichen Einkommen. Entsprechend liegt der Erwerbseffekt rund ein Drittel tiefer als bei der Einführung einer reinen Individualbesteuerung. Zusätzlich wirkt die Vorlage des Bundesrates deutlich zu Gunsten der verheirateten und eingetragenen Partner, während bei Konkubinat mit Kindern eine Mehrbelastung stattfindet. Das vom Bundesrat vorgeschlagene System erfüllt das Gebot der Zivilstandsunabhängigkeit somit nicht

und ist bereits überholt. Die *plattform* fordert ein zivilstandsunabhängiges Steuersystem, wie zum Beispiel das im Mai von der *Müller-Möhl Foundation* präsentierte System der «*Modifizierten Individualbesteuerung*», welches unabhängig vom Zivilstand, eine Entlastung der Haushalte mit Kindern erreicht und einen höheren Erwerbseffekt hat. Der Bundesrat muss zwingend nochmals über die Bücher.

**Weitere Auskünfte:**

Dr. Ursula Häfliger

Verantwortliche Politik beim Kaufmännischen Verband und Geschäftsführerin der *plattform*

T +41 44 283 45 78, [politik@kfmv.ch](mailto:politik@kfmv.ch)

[kfmv.ch/plattform](http://kfmv.ch/plattform)